

Berlin: REVO vor Ort!

Theaterstück & Workshop zu alternativem Sexualkundeunterricht

Nachdem

wir uns auch in Berlin an der Demonstration zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März beteiligt hatten, führten wir am Alexanderplatz, dem Endpunkt der Demo, ein Theaterstück zum Thema „Alternativer Sexualkundeunterricht“ auf. Dazu spielten einige Mitglieder eine Schulklasse, in der gerade zum ersten Mal das Thema „Sexualität“ behandelt wird. Der von uns dargestellte Lehrer konfrontierte sie also mit den typischen Mythen und Stereotypen des Sexualkundeunterrichts wie zum Beispiel „Sex dient nur der Fortpflanzung“, „Frauen müssen sich um die Verhütung kümmern“ oder der problematischen Einteilung von Sex in Kategorien wie „normal“ und „unnormal“. Die Schüler_Innen der Klasse stellten nun

kritische Fragen an ihren Lehrer wie „Spielt Spaß beim Sex keine Rolle?“ oder „Sind diese Standards nicht super homophob?“, auf die dieser nicht antworten wollte oder konnte. Daraufhin übernahmen die Schüler_Innen selbst die Kontrolle über den Unterricht und forderten ein alternatives und fortschrittlicheres Konzept zum bisher bestehenden Sexualkundeunterricht. Ziel dieser Aufführung war es, aufzuzeigen wie sexistisch, heteronormativ und veraltet die Standards dessen sind und Schüler_Innen dazu zu ermutigen, dies auch offen in der Schule zu kritisieren und eine Bildung einzufordern, die sich an der tatsächlichen Realität von Sexualität orientiert und nicht an sexistischen und homophoben Stereotypen. Abschließend zu unserer Aufführung öffneten wir die Diskussion für alle Zuschauer_Innen zu einem Workshop mit Themen wie Konsens und wie sich problematische Sexualpädagogik auch später noch auf unser Sexualleben auswirkt.

Dresden: REVO vor Ort!

Dresden: Schulgruppen in Aktion

von Alys

Das erste Treffen eurer eigenen Schulgruppe wurde erfolgreich durchgeführt und jetzt muss eine erste Aktion her? So ging es auch uns im Gymnasium Dresden Klotzsche. Die ersten Treffen hatten wir bereits durchgeführt und uns einen Überblick über Probleme und Themen an der Schule gemacht. Klimaschutz stand zu der Zeit im Mittelpunkt der Diskussionen vieler Schüler_Innen. Damit ist es also eine prima Möglichkeit möglichst viele Menschen anzusprechen und für eine Diskussion zu begeistern. Doch was kann man an einer Schule dahingehend verändern? Am besten etwas, womit alle Schüler_Innen täglich konfrontiert sind?

Schnell fiel unser Augenmerk auf das Mittagessen. Wenn man mittags etwas Warmes essen möchte, kommt man nicht drumherum sich ein Menü vom Essensanbieter zu bestellen. Natürlich gibt es da jeden Tag auch Fleisch zu essen. – aus Sicht des Klimaschutzes ist das problematisch, da 18 Prozent der Treibhausgase von der Fleischindustrie verursacht werden. Dazu kommt, dass das von Rindern erzeugte Methan die Erdatmosphäre 20 Mal schneller als Kohlendioxid erwärmt. Außerdem erhöht übermäßiger Fleischkonsum die Cholesterinwerte, was wiederum das Risiko für Schlaganfälle, Diabetes Typ 2 und verschiedene Krebsarten steigert. Wir lehnen den Fleischkonsum natürlich nicht prinzipiell ab. Dennoch ist es mit der momentanen Lage des Klimas, als auch der gesundheitsschädlichen und grausamen Massentierhaltung, wahrscheinlich mehr als nötig diesen einzuschränken. Fleisch aus z.B. biologischer Landhaltung ist für

die meisten viel zu teuer und wird sowieso nicht an Schulen angeboten. Es ist zwar kein revolutionärer Ansatz auf privaten Konsumverzicht zu setzen, aber solange die Produktion noch nicht demokratisch in Arbeiter_Innenhand liegt, ist die Schule ein Ansatzpunkt für Schüler_Innen sich für ihre Interessen einzusetzen. Täglicher Fleischkonsum schadet Mensch, Tier und Umwelt. Es gibt an Schulen noch keine ausreichende Aufklärung über diese Themen, deshalb sollte es wenigstens die gleiche Auswahl an Fleischgerichten und vegetarischem Essen geben.

Eigentlich sieht es an unserer Schule dahingehend schon ganz gut aus. Es gibt immer ein Gericht mit Fleisch, ein Vegetarisches und einmal Nudeln. Doch da liegt auch das Problem: Die Soße zu den Nudeln enthält meistens Fleisch. Zum Beispiel in Form von Jagdwurst oder Bolognese. Zudem ist das vegetarische Gericht meistens süß, dann gibt es zum Beispiel in einer Woche Hefeklöße, Kaiserschmarrn und Puddingsuppe. Das mag nicht jede_R und an solchen Tagen gibt es keine Ausweichmöglichkeit für Vegetarier_Innen oder Schüler_Innen, die keine Lust auf Fleisch haben.

Sehr gut lässt sich das Interesse der Schüler_Innen an mehr vegetarischem Essen in einer Unterschriftenliste darstellen. Die Hemmschwelle zu unterschreiben ist relativ niedrig und sollte unsere Forderung abgelehnt werden, wird klar wie viel Mitspracherecht Schüler_Innen wirklich haben und andere lassen sich schneller zu radikalen Kampfformen überzeugen. So haben wir es dann auch gemacht: Einen Petitionstext verfasst und Listen ausgedruckt. Zusätzlich mit kleinen Flyern über unsere Gruppe bewaffnet, haben wir zuerst Schüler_Innen in ihren Klassen und später während der Pause in der Mensa angesprochen. Einige haben ohne zu fragen unterschrieben, aber es sind auch viele Diskussionen entstanden. Generell wurde das Thema gut angenommen und wir kamen prima in

Kontakt mit interessierten Schüler_Innen. Sogar einige Lehrer_Innen haben unterschrieben.

Bis jetzt konnten wir schon 214

Unterschriften sammeln, aber das ist wahrscheinlich noch nicht das Maximum. Deshalb werden wir nach der Coronapause weitermachen und die Listen zum Schluss den Schulleiter_Innen vorlegen. Was am Ende dabei herauskommt wissen wir noch nicht. Petitionen führen an Schulen (und auch generell) zwar selten zu ihrem Ziel, aber das ist erstens kein Argument es nicht trotzdem zu versuchen und zweitens konnten wir so erst einmal ausmachen, wer interessiert ist und auch durch die Diskussionen zum Nachdenken anregen. Zum Beispiel haben die Schüler_Innen dann beim Essen weiter mit ihren Freund_Innen darüber geredet etc., und das ist für den Anfang auch schon mal was.

Jetzt in der Coronazeit können wir vorerst keine weiteren Unterschriften sammeln. Allerdings liefert sie uns auch ein neues aktuelles Argument, denn Massentierhaltungen und Fleischindustrie erhöhen sehr wahrscheinlich die Gefahr von Pandemien wie das Coronavirus, die Schweinegrippe, die Vogelgrippe, SARS, AIDS oder Ebola. In der Zukunft wollen wir auf jeden Fall mehr Teilnehmer_Innen für unsere Treffen gewinnen und natürlich noch mehr Aktionen planen.

Also bleibt dran und organisiert euch an euren Schulen! Und keine Angst, wir haben es auch zu zweit schon bis hierhin geschafft.

Prüfungsstopp

sonst

Schulboykott!

Wenn wir uns mit unseren Freund_Innen an der frischen Luft im Park treffen, um mal aus der engen Wohnung rauszukommen und zu quatschen, haben wir in 10 Minuten die Bullen an der Backe, weil das aus „infektionsschutzrechtlichen Gründen“ verboten ist. Ab nächster Woche sollen aber nun die Schulen wieder aufgemacht werden? Ohne uns!

Es gibt kaum einen Ort in der Gesellschaft, an dem Viren in so krassem Ausmaß verbreitet werden wie die Schule. Und ganz ehrlich: wer schon einmal in seinem Leben auf einem Schulklo war weiß, dass die nötigen Hygienebedingungen in Schulen nicht umsetzbar sind, von 1,5 m Mindestabstand ganz zu schweigen. Viele Virolog_Innen haben sich deshalb gegen die Schulöffnungen ausgesprochen. Außerdem gibt es kein einheitliches Konzept für den Wiedereinstieg in den Schulbetrieb und jedes Bundesland kocht seine eigene Suppe. Dass jedoch Wirtschaftsverbände, neoliberale Forschungsinstitute und Politiker_Innen so auf eine Wiedereröffnung der Schulen drängen, zeigt nur wieder einmal, dass es in diesem System um Profite und nicht um unsere Gesundheit geht. Die Bosse wollen, dass unsere Eltern wieder zur Arbeit gehen und wir noch schnell Schulabschlüsse reingedrückt bekommen, damit wir auch schnell in den kapitalistischen Verwertungsprozess eingegliedert werden können. Dabei ist es ihnen egal, dass diese Maßnahmen höchstwahrscheinlich eine erneute Welle der Neuinfektionen mit dem Corona-Virus auslösen werden. **Wir fordern die Schließung der Schulen mindestens bis zum Sommer und höchstens so lange, wie es zur Bekämpfung der Corona-Pandemie nötig ist!**

Das Schuljahr geht eh nur noch wenige Monate, welche Lerninhalte sollen wir da eigentlich noch sinnvoll bearbeiten? Ums Lernen geht es hier also nicht, sondern darum, uns noch schnell unter massivem Stress viele

Prüfungen reinzuwürgen damit wir Abschlussnoten bekommen. Da Bildung im Kapitalismus vor allem die Funktion hat, uns durch Autorität, Konkurrenz und verwertbares Wissen in einen Arbeitsmarkt reinzupressen und dementsprechend vorzuselektieren, sind die Abschlussnoten in diesem System unerlässlich. **Wir fordern die Aussetzung aller Prüfungen und Klassenarbeiten in diesem Schuljahr und Versetzungen für alle! Keine_r bleibt wegen Corona sitzen! Alle Abgangsklassen, ob Hauptschule, Realschule, Berufsschule oder Gymnasium sollen einen Schulabschluss bekommen. An den Unis müssen die NCs ausgesetzt werden.**

Dabei geht es uns nicht darum, dass wir zu faul zum Lernen sind sondern, dass wir gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Das E-Learning muss zu Hause weitergehen, allerdings nicht so wie bisher: Wie selbstverständlich wurde vorausgesetzt, dass wir die nötige Hardware, also einen eigenen Computer und Drucker samt Zubehör zu Hause haben. Auch nicht jede_r von uns hat ein eigenes Zimmer und zu Hause die nötige Ruhe zum Lernen. Während einige von uns Eltern haben, die selber studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut bei den Aufgaben unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen. **Wer keinen eigenen Computer hat, muss einen von der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen!**

Wir labern nicht nur sondern meinen es ernst! Nachdem Unterschriftenlisten nichts gebracht haben, müssen wir nun selber tätig werden. **Jetzt heißt es: Schulboykott!** Wir werden nicht in die Schule gehen und zu Hause bleiben, bis unsere Forderungen erfüllt wurden. Einfach nur zu Hause Bleiben reicht natürlich nicht aus. Um unsere Forderungen durchzusetzen, wird es letzten Endes notwendig sein, auch auf die Gewerkschaften zuzugehen und den

Boykott in einen richtigen Streik umzuwandeln. Damit wir also nicht alleine blöd dastehen, müssen wir uns vernetzen und organisieren, denn zusammen sind wir stark! Zusammen mit unseren Lehrer_Innen und der GEW fordern wir: Lasst die Schulen zu!

Bild:

<https://www.flickr.com/photos/30845644@N04/13924686926/in/photostream/>

Erster Mai 2020 - Wir zahlen nicht für Virus und Krise!

Diskussionsbeitrag von ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION

Während im Mai Produktion und Schulen wieder anlaufen sollen, sollen am Ersten Mai alle Kundgebungen und Demonstrationen untersagt bleiben. Ein generelles Demo-Verbot lässt sich zwar bundesweit nicht mehr durchsetzen, aber die Einschränkungen laufen faktisch auf das Verbot von Massendemonstrationen hinaus, auch wenn die Menschen noch so sehr auf Ansteckungsgefahr achten würden. In vielen Städten und Bundesländern wie z. B. in Berlin droht selbst kleinen Aktionen massive Repression. Für uns – und wohl auch für einen großen Teil der radikalen Linken oder klassenkämpferischer Arbeiter_Innen und Gewerkschafter_Innen – stellt die entscheidende Frage eigentlich weniger dar, ob, sondern wie und mit welcher politischen Stoßrichtung wir am Ersten Mai aktiv werden. Die bundesweite Diskussion zur Frage ist daher begrüßenswert – und auch, dass eine Reihe von Gruppierungen und Bündnissen zur Aktion aufruft.

Besondere

Bedeutung kommt unserer Meinung nach dabei dem Aufruf der „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften“ (VKG) zu. Nicht, weil dieser so viel besser als andere wäre, sondern weil es von

politisch-strategischer Bedeutung für unsere zukünftigen Kämpfe ist, dass wir die Auseinandersetzung in die Betriebe und Gewerkschaften tragen.

Drohende Katastrophe

Über vier Millionen Kurzarbeiter_Innen, eine tiefe Rezession, drohende Massenentlassungen bei gleichzeitiger Überarbeitung im Gesundheitswesen oder im Einzelhandel verdeutlichen, dass die aktuelle Krise des Kapitalismus‘ eine des Gesamtsystems, eine der gesamten Produktion und Reproduktion darstellt. Natürlich sind schon heute die Schwächsten und Unterdrücktesten (Geflüchtete, Alte, Kranke, Frauen aus der Arbeiter_Innenklasse, ...) am härtesten betroffen. Die Ausgangssperren bewirken z. B. gleichzeitig auch einen massiven Anstieg häuslicher Gewalt, die insbesondere Frauen und Kinder trifft.

Es ist absehbar, dass diese Krise die gesamte Klasse der Lohnabhängigen mit extremer Härte treffen wird – ob nun Facharbeiter_Innen in der Großindustrie, prekär Beschäftigte oder die noch einigermaßen „gesicherten“ Teile im öffentlichen Dienst. Die Kosten dieser Krise – und damit die, die das Kapital und sein Staat uns aufhalsen wollen – werden viel größer sein als 2008/2009 oder bei den Einschnitten durch die Agenda 2010. Dies wird die aktuellen Probleme noch verstärken: ob Rechtsruck, Umweltzerstörung, Kriegsgefahr oder Angriffe auf Arbeitsrechte.

All jene, die dagegen Widerstand leisten wollen, befinden sich aktuell in einer widersprüchlichen Lage. Wir alle stehen nicht nur vor dem Problem der Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit und der Aushebelung demokratischer Rechte. Wir stehen auch vor dem Problem, dass zur Zeit die Regierung die öffentliche Meinung bestimmt. Merkel ist es – nicht zuletzt mithilfe von SPD und DGB-Gewerkschaften – gelungen, eine Art nationalen Schulterschluss zu inszenieren. Praktisch alle Medien, alle Landesregierungen sowie die Führungen von Unternehmer_Innenverbänden und Gewerkschaften unterstützen ihn. Im Grunde macht auch die parlamentarische Opposition mit – einschließlich großer Teile der Linkspartei.

Das wird sicher nicht immer so bleiben. Schon heute stellen Teile der AfD und der extremen Rechten das auf reaktionäre Weise in Frage. Auch Unternehmer_Innenverbände fordern nicht nur Milliarden für das Kapital, sondern auch die Abschaffung von Rechten der Arbeiter_Innenklasse, „Streichung“ des Urlaubs usw.

Gleichzeitig herrschen in der Arbeiter_Innenklasse und selbst in größeren Teilen der Linken das Hoffen auf Staat und Sozialpartner_Innenschaft oder Lähmung und Schweigen vor. Und das, obwohl die drohende soziale, gesellschaftliche Katastrophe durchaus klar sichtbar wird.

Wie Widerstand entfalten?

Angesichts

dieser Situation müssen wir am Ersten Mai die Frage ins Zentrum rücken, wie wir den notwendigen Klassenwiderstand entfalten. Denn wenn wir jetzt nicht anfangen, Widerstand aufzubauen, dann werden seitens des Kapitals Fakten geschaffen. Dabei ist es jetzt unsere Aufgabe, Antworten auf die aktuellsten Fragen zu geben: Wer verhindert die Zwangsräumung, wenn man aufgrund von Kurzarbeit die Miete nach August nicht zahlen kann? Wie retten wir die 40.000 Geflüchteten, die aktuell an der EU-Außengrenze auf den griechischen Inseln zum Tode verurteilt werden? Wie wehren wir uns gegen drohende Entlassungen und kommende Sparmaßnahmen?

Wir müssen jetzt anfangen, Antworten auf diese Fragen zu geben – auch als kämpferische Minderheit, um für größere Teile der Lohnabhängigen und Aktive sozialer Bewegungen sichtbar zu werden. Wir werden kämpferische Arbeiter_Innen, Schüler_Innen, Migrant_Innen nur schwer für zukünftige gemeinsame Aktionen und Bündnisse gewinnen können, wenn ihnen das Abhalten einer Aktion oder Demonstration als Selbstzweck erscheint.

Die Form kann vielmehr flexibel gehandhabt werden. Zum Schutz der Teilnehmer_Innen sollten wir bei Straßenaktionen (z. B. einer Demo) auf Gesichtsmasken und Abstand Halten achten. Das folgt aus unserer Verantwortung für die Teilnehmer_Innen. Aber ein Auftreten ist auch

notwendig, um den Herrschenden die Scheindebatte möglichst zu erschweren, dass Demos ein besonderes Gesundheitsrisiko darstellen würden (während es Öffnungen von Betrieben und Schulen anscheinend nicht sind).

Entscheidend

ist jedenfalls der Inhalt, um den wir für den Ersten Mai mobilisieren. Die drängendsten Fragen für Millionen Lohnabhängige müssen dabei im Zentrum stehen. Wir schlagen folgende zentralen Punkte/Forderungen für den Ersten Mai und für die Neuformierung einer Anti-Krisenbewegung vor:

Gesundheit vor Profite!

-

Kostenlose Gesundheitsversorgung für alle - von Tests bis zur Unterbringung in Krankenhäusern und Intensivmedizin. 500 Euro/Monat mehr für alle Beschäftigten in den Pflegeberufen!

#stayathome

-

Keine Wiederöffnung der Unternehmen ohne Schutz- und Hygieneplan unter Kontrolle der Beschäftigten!

-

Wir zahlen nicht für die Krise!

-

Gegen alle Entlassungen! 100 % Lohnfortzahlung für alle, die in Kurzarbeit sind! Keine Aushebelung von Arbeitszeitbeschränkungen und Arbeitsrecht!

-

Keine Milliarden-Geschenke für die Konzerne - massive Besteuerung von Vermögen und Gewinnen! Entschädigungslose Enteignung der Banken und des Großkapitals unter Kontrolle der Beschäftigten!

Keine Rendite mit der Miete!

-

Für das Aussetzen aller Miet- und Kreditzahlungen für die arbeitende Bevölkerung! Enteignung der großen Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen, Vonovia und Co. Nutzung von Leerstand, um die Räume Bedürftigen wie Geflüchteten und Obdachlosen zur Verfügung zu stellen!

#leavenonebehind

-

Abschaffung von Lagersystemen und rassistischen Asylgesetzen: Offene Grenzen und StaatsbürgerInnenrechte für alle!

Dafür

sollten wir am Ersten Mai aktiv werden. Wir sollten dabei Demonstrationen und Kundgebungen möglichst dort organisieren, wo die Menschen leben und arbeiten, die wir erreichen wollen. Das kann im Kiez (wie in Berlin-Friedrichshain) sein, wir sollten aber unsere Solidarität und Perspektive auch vor Unterkünften von Geflüchteten, vor Kliniken und Krankenhäusern (natürlich nur in Absprache mit den dort Untergebrachten oder Beschäftigten) zum Ausdruck bringen.

So

können wir den Ersten Mai zu einem Kampftag für unsere Forderungen und zur Verteidigung demokratischer Rechte – einschließlich des Streikrechts machen. Ein solches politisches Signal zielt darauf ab, unmittelbar all jene zu vereinen, die beim nationalen Schulterschluss von Kapital und Kabinett nicht weiter mitmachen wollen und die im Betrieb, an der Schule, Uni und im Stadtteil eine neue Anti-Krisenbewegung aufbauen wollen.

Moria Interviews - TEIL 2 / 2: „Es war, als ob sie gar nicht existierten“

Interview mit Karl, der als freiwilliger Helfer auf der griechischen Insel Lesbos von Faschist_innen angegriffen wurde

Die Meldungen über die Corona-Pandemie überschlagen sich, während sich kaum jemand mehr für die schreckliche Situation an den europäischen Außengrenzen interessiert. Auf den griechischen Inseln dicht vor der Türkei bekommen die dort internierten Geflüchteten die Brutalität der Festung Europa besonders zu spüren. Insbesondere auf der medial bekanntgewordenen Hotspot-Insel Lesbos konnten sich im Windschatten einer rechten Regierung, die von der EU die nötigen Mittel für ihren grausamen Job als europäischer Türsteher bereitgestellt bekommt, faschistische Strukturen etablieren.

Wir haben mit dem Opfer eines faschistischen Angriffes gesprochen und ihm einige Fragen gestellt, um uns ein genaueres Bild von der Situation zu verschaffen. Unser Interviewpartner heißt Karl (Name von der Redaktion geändert), ist norwegischer Staatsbürger und arbeitet als freiwilliger Helfer und Fotograf auf der Insel.

Revo: Hey Karl, schön, dass du Zeit gefunden hast, um mit uns zu sprechen. Vielleicht kannst du uns erst einmal kurz berichten, wie es zu dem Angriff kam?

Karl: Der Angriff fand an einem späten Sonntagabend statt. Es war bereits dunkel. Ich war in Moria (Anmerkung der Redaktion: größtes Geflüchtetencamp auf den griechischen Inseln mit über 20 000 Bewohner_innen), um dort eine Fotoserie zu machen. Als ich im Camp hörte, dass alle

Zufahrtsstraßen nach Moria von Faschist_innen blockiert wurden, sprang ich mit 4 Freund_innen mit Fluchthintergrund ins Auto, um schnell weg in die 8km entfernte Stadt Mytilini zu gelangen. Wir nahmen eine weniger befahrene Seitenstraße und hofften so unbemerkt fortkommen zu können. Doch nahe einer Tankstelle stellten sich uns ca. 100 schwarzgekleidete und maskierte Menschen in weg und sprangen vor mein Auto.

Revo: Und dann haben sie euch angegriffen?

Karl: Genau. Es ging alles ziemlich schnell und kam mir vor wie in einem Film. Wenn ich mich zurückerinnere, höre ich vor allem die Geräusche in meinen Ohren: das Klirren zerschlagener Autoscheiben und laute Schreie. Die Faschist_innen öffneten die Türen meines Autos, zogen uns heraus und drückten uns auf die Erde, begleitet von Tritten in die Seite. Während sie mich festhielten, nahmen sie mir meine Kamera ab und zerstachen einen Reifen meines Autos. Aufgrund der Maskierungen konnte ich keine Gesichter sehen aber ich erkannte, dass es sich um Frauen und Männer, alte und junge Menschen handelte. Mit der Kamera hatten sie vermutlich, was sie wollten, und ließen mich dann mit meinem kaputten Auto auf 3 Reifen mit einem lautstarken Schleifgeräusch von Metall auf Straße weiterfahren.

Revo: Und was passierte mit deinen Freund_innen?

Karl: Das konnte ich erst im Nachhinein herausfinden, da wir während des Angriffes sofort getrennt wurden. Es hat mich total fertig gemacht, nicht zu wissen, wie es ihnen geht und ich hatte sogar Angst, dass sie nicht mehr lebten. Ich habe sie dann später in Moria und einem anderen Camp wiedergetroffen und glücklicherweise konnten alle fliehen, sodass ihnen nichts Schwerwiegendes passiert ist. Einige hatten trotzdem Wunden von den Schlägen und Tritten der Faschist_innen und auch

ihnen wurden die Handys gestohlen.

Revo: Bist du dann zur Polizei gegangen?

Karl: Ja aus versicherungstechnischen Gründen musste ich das tun. Ganze 6 Mal war ich auf der Polizeistation. Am Ende erhielt ich einen ziemlich ausführlichen Bericht vom ganzen Tathergang. Allerdings fehlte etwas ganz Entscheidendes: Meine nicht-europäischen Freund_innen wurden mit keiner Silbe erwähnt. Und das, obwohl ich der Polizei detaillierte Auskünfte über Namen und Ausweisnummern meiner Mitfahrer_innen gab. Es war, als ob sie gar nicht existierten.

Revo: Hat dich das überrascht?

Karl: Nein eigentlich nicht. Einige der Beamten schauten mich jedes Mal so an, als ob ich gerade 10 Menschen auf einmal getötet hätte. Sie scheinen alle zu hassen, die irgendetwas mit Geflüchteten oder NGOs zu tun haben. Ein Freund von mir, der ebenfalls von Faschist_innen angegriffen wurde, hat mir erzählt, dass er beobachten konnte, wie ein Polizeibeamter der ganzen Situation genüsslich zugeschaut hat.

Revo: Du hast also schon von mehreren solcher Angriffe gehört?

Karl: Ja, das ist mittlerweile zum Alltag auf der Insel geworden. Das öffentliche Leben für die Geflüchteten ist dadurch stark eingeschränkt und die Arbeit von NGOs und Freiwilligen quasi unmöglich. Viele NGOs haben ihre Mitarbeiter_innen bereits von der Insel abgezogen, was die Situation in den Camps noch unerträglicher macht. Noch am selben Abend wurden viele weitere Autos zerstört. Vor einigen Tagen sind Faschist_innen sogar ins Camp Moria eingedrungen, um dort Leute anzugreifen.

Revo: Hast du davon gehört, dass auch Neonazis aus Deutschland, von

der sogenannten „Identitären Bewegung“ auf der Insel waren, um die lokalen Faschist_innen zu unterstützen?

Karl: Ja das ging hier durch alle Whatsgruppen, somit hatten wir Fotos von den Leuten. Die waren allerdings nicht lange hier und haben ziemlich schnell von Antifaschist_innen eins auf den Deckel bekommen. Als ich das zweite Mal auf der Polizeistation war, habe ich sie sogar dort gesehen, durch die Fotos wusste ich ja wie sie aussehen.

Revo: Mit dem Bild von weinenden

Faschos finden wir noch einen positiven Abschluss für dieses ansonsten ziemlich traurige und schockierende Interview. Es scheint doch noch Widerstand von lokalen Antifaschist_innen, Internationals und vor allem von Geflüchteten zu geben, die sich gegen die faschistischen Angriffe organisieren und zu Wehr setzen. Wir wünschen

ihnen viel Kraft und Erfolg in ihrem antifaschistischen Kampf. Dir Karl vielen Dank für das Interview und bleib gesund!

Was können Antikapitalist_Innen in FFF jetzt noch tun?

Marvin Schutt + Jakob Wendehals

Auch bei Fridays for Future hat die Corona-Pandemie eine Atempause ausgelöst, zumindest was Aktivismus außerhalb des Internets angeht. Manche Zyniker_Innen behaupten zwar, das Virus, das Fabriken schließt und Fluggesellschaften in den Abgrund reißt, sei die lang ersehnte Lösung der Umweltkrise. Wir denken aber immer noch, wir können dem

Kapitalismus auch nach vorne entkommen und sind nicht darauf angewiesen, in ein Zeitalter von Seuchen und Subsistenzwirtschaft zurückzufallen. Da sich aktuell auch viele Andere nicht damit zufriedengeben wollen, wird die Bewegung wohl früher oder später weitergehen. Was sind dann aber die Aufgaben von Antikapitalist_Innen, denen Warten auf das nächste Klimapäckchen und ein paar Appelle an die Regierung nicht ausreichen?

Die aktuelle Situation in FFF

Schon vor Corona befand sich die FFF-Bewegung in einer Phase der Stagnation: Kaum in einer Stadt ist noch regelmäßig und massenhaft gestreikt worden, auch die Teilnehmer_Innenzahlen der Großveranstaltungen und Aktionstage sanken und führende Aktivist_Innen sind frustriert, überarbeitet und ziehen sich ins Private zurück. Der Hauptgrund dafür ist das Ausbleiben politischer Erfolge. Millionen von Aktivist_Innen haben sich der Bewegung angeschlossen, um den Klimawandel zu stoppen, haben viel Gegenwind und Repression für ihren Aktivismus geerntet und viel Kraft, Energie und Arbeit in die Bewegung gesteckt. Und was haben wir dafür bekommen? Lausige Klimapakete, folgenlose internationale Konferenzen und eine Menge heißer Luft.

Die Klimakrise kann jedoch nicht beendet werden, wenn wir sie nicht an ihren Wurzeln in der kapitalistischen Profitlogik, dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der schonungslosen Ausbeutung von Mensch und Natur anpacken. Die Forderungen von FFF sind weit davon entfernt. Sie verbinden die sozioökonomischen Interessen der Millionen von Lohnabhängigen in diesem Land nicht mit der Klimafrage. Die Bewegung hat es auch deshalb nicht geschafft, sich zu verbreitern und neue Teile der Gesellschaft außerhalb von ökologisch bewussten Schüler_Innen und Studierende zu mobilisieren. So konnte die Bewegung zwar viel Aufmerksamkeit für die Klimakrise schaffen, hat jedoch inhaltlich einen Green New Deal vorgeschlagen und sich damit

in Deutschland eher zur Wahlkampfhelferin der Grünen qualifiziert, anstatt eine systemverändernde Kraft darzustellen. Obwohl FFF in seinem ganzen Erscheinungsbild irgendwie links wirkt, ist es wichtig, dass wir nicht vergessen, dass es sich um eine pro-kapitalistische Bewegung handelt, da es vor allem zum Ziel hat, bloß den Kapitalismus „grüner“ zu machen. Doch das ist nicht in Stein gemeißelt und wenn das jemand ändern kann, dann wir Antikapitalist_Innen!

Was können wir also tun?

Zuerst

einmal ist es wichtig, dass wir offen als Antikapitalist_Innen in der Bewegung auftreten. Wenn wir Verstecken spielen, tun wir Luisa und Co. nur den Gefallen, dass sie sich nicht öffentlich positionieren müssen und machen es ihnen leicht, uns als Unterwanderer und Spalter_Innen darzustellen. Stattdessen sollten wir offen und deutlich aber solidarisch unsere Kritik an der Führung und dem aktuellen Kurs der Bewegung äußern.

Daneben

sollten wir uns darauf konzentrieren, selbst Aktionen zu machen. Ausschließlich Debatten über Strukturvorschläge helfen uns gerade nicht weiter und lenken unsere Aktivität nach innen statt nach außen, wo sie die frustrierten Aktivist_Innen gerade eigentlich brauchen. Und wenn wir die ganze Zeit nur am Rand stehen und meckern, wird uns auch eh niemand ernst nehmen.

In

der Praxis können wir zeigen, was wir mit antikapitalistischer Politik meinen. Eine hervorragende Gelegenheit dafür bietet eine Kampagne für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, denn der Verkehr stellt

die drittgrößte Quelle für CO₂-Emissionen in Deutschland dar.

Dazu mehr im Artikel „Vom

kostenlosen Nahverkehr bis zum Sozialismus – Wie geht das?“.

Da eine Tarifrunde für die Beschäftigten im Nahverkehr Ende Juni vor der Tür steht, liegt hier eine Zusammenarbeit mit den Arbeiter_Innen und Gewerkschaften auf der Hand. Sollte die Kampagne Erfolg haben, kann sie der Basis von FFF eindrucksvoll vor Augen führen, dass die organisierte Arbeiter_Innenklasse eine wesentlich bessere Kampfpartnerin als die „Entrepreneurs for Future“ oder die Grünen ist.

Gleichzeitig

kann die Kampagne ein Beispiel dafür sein, wie wir nicht nur das Was sondern auch das Wie der Arbeit von FFF verändern können. Anstatt die thematischen Schwerpunkte und die Arbeitsweise offen und gemeinsam zu diskutieren, werden nämlich aktuell unzählige Kleingruppen gebildet, die still vor sich hinarbeiten und nur von der Führung wahrgenommen, priorisiert und kontrolliert werden. Dies müssen wir durchbrechen und stattdessen für anlassbezogene Aktionskonferenzen eintreten, die Beschlüsse für die ganze Bewegung demokratisch fassen können. Die Konferenzen sollten die gesamte Bewegung repräsentieren und aus demokratisch gewählten und abwählbaren Delegierten aus Schulen, Unis und Ortsgruppen bestehen. So können wir nicht nur die undemokratische Führung loswerden, sondern zugleich auch die vielen überlasteten Aktivist_Innen entlasten, indem neue Menschen Zugang in die Organisationsarbeit bekommen und die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt wird.

Um

neue Aktivist_innen in die Bewegung zu integrieren, müssen wir darüber hinaus im Zuge der Nahverkehrskampagne anfangen, aktive Basisarbeit zu machen. Wir müssen anfangen, uns auch dort zu organisieren, wo wir uns tagtäglich aufhalten: in unseren Schulen, Unis und Betrieben. Vor Ort müssen wir Basiskomitees aufbauen, die kontinuierlich Arbeit machen. Anstelle sich nur unter Gleichgesinnten zu bewegen, lohnt es sich durch Mobilisierungen, Vollversammlungen und kleineren Aktionen vor Ort die

Debatte zu anderen Leuten zu bringen und unsere Themen sichtbarer zu machen. Das sorgt für eine stetige Auseinandersetzung und befähigt gleichzeitig viele von uns, sich mehr einzubinden. Vor allem, ist die Hemmschwelle, sich einzubringen, für viele dort wesentlich geringer.

Lasst

uns Vollversammlungen und Veranstaltungen an unseren Schulen organisieren, auf denen wir gemeinsam mit den Belegschaften aus dem öffentlichen Nahverkehr diskutieren, wie eine ökologische Verkehrswende aussehen kann. Gleichzeitig sollten wir als Schüler_Innen und Aktivist_Innen die Streikversammlungen und Streikposten der Beschäftigten besuchen, um unsere Solidarität auszudrücken. Was wir brauchen ist ein bundesweiter Aktionstag von FFF zum Thema Verkehrswende in Solidarität mit den Streiks und den Beginn einer aktiven Arbeit an unseren Schulen. Wenn ihr dabei Unterstützung haben wollt, meldet euch gerne bei uns.

Sekt und Sexismus zum Frauenkampftag in Leipzig

von Leonie Schmidt

Am Sonntag dem 8.3. beteiligten sich insgesamt 3.000 Demonstrierende in Leipzig beim sogenannten feministischen Streik. Wenngleich eine Demo im Kampf um die Frauenbefreiung eigentlich lautstark und kämpferisch sein sollte – so war das in den meisten Blöcken nicht der Fall. Hier setzte man eher auf Technomusik, Schweigen und ein bisschen Sekt um den Kampf für mehr Frauenrechte zu besiegeln. Desweiteren entschloss man sich dazu, kämpferischen, antiimperialistischen und revolutionären Frauen die Teilnahme an der Demo zu untersagen. So positionierte sich das Bündnis über den Lauti bei der ersten Zwischenkundgebung am Wilhelm-Leuschner-

Platz gegen vermeintlichen Antisemitismus (aka Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf) und verbannte Aktivist_Innen von Revolution, der MLPD und dem BDS aufgrund von Antisemitismus- und Mackertum-Vorwürfen von der Demo. Diese mündliche Durchsage wurde auch durch körperliche Auseinandersetzungen bestärkt, so wurde an Fahnen und Transpis gerissen, Aktivist_Innen von Revolution geschubst und auch Genossinnen durch eine männlich gelesene Person niedergeschrien. Ebenfalls wurden Genossinnen, welche sich vorher durch ein Megaphon mit antisexistischen Parolen Gehör verschaffen wollten, als Macker bezeichnet, da sie „zu laut und aggressiv“ gesprochen haben sollen. Das Zeugt von einem sexistischen Frauenbild, wenn Frauen nur dann „gute“ Frauen sind, wenn sie sich auch leise und ruhig, wie eine Frau verhalten und das selbstbewusste Auftreten als männlich wahrgenommen wird. Selbstbewusstes Auftreten von Frauen ist wichtig und sollte unterstützt werden. Wir sind stolz als Organisation Frauen in unseren Reihen zu haben, die sich nicht scheuen, ihre Meinung zu sagen und sich in die erste Reihe zu stellen. Höhepunkt war dann, dass die Genossin von einer selbsternannten Queerfeministin als „Fotze“ beleidigt wurde (auf Nachfrage, wurde allerdings behauptet, es wäre nur „Halt die Fresse“ gewesen). Desweiteren wurde von Seiten der Sprecherin des Bündnisses behauptet, dieser Ausschluss sei Konsens des Bündnisses gewesen und vor der Demo auf dem Plenum so beschlossen worden, das scheint aber fraglich, da es dazu keine vorherigen Veröffentlichungen gab.

Wir als revolutionäre Jugendorganisation und Internationalist_Innen weisen dieses Vorgehen und die Vorwürfe entschieden zurück. Wir empfinden es als absolut sexistisch, dass Frauen aus revolutionären Organisationen die Teilnahme an den Frauenstreiks/feministischen Streiks untersagt wird und sie zusätzlich ausgegrenzt, niedergeschrien und sexistisch beleidigt werden. So wird verbale Gewalt nicht nur gedeckt, sondern auch zusätzlich durch Teilnehmer_Innen des feministischen Streiks ausgeführt. Dieser sexistische Angriff reiht sich ein in andere, teilweise auch rassistische,

Angriffe

gegen Aktivist_Innen unserer Organisation, insbesondere gegenüber Frauen und nicht-weißen Genoss_Innen. So wurden beispielsweise bereits Genossinnen von antideutschen Mackern angespuckt und eine kurdische Genossin aufgefordert, ihre Koufiya abzulegen und sich wie eine „Deutsche“ zu kleiden.

Der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber unserer Organisation ist auch kein Neuer und wird regelmäßig wieder ausgegraben, aber selten näher begründet. Er ist allerdings mehr als lächerlich. Wir als Revolution setzen uns regelmäßig in unseren Artikeln und Publikationen mit dem Kampf gegen Antisemitismus auseinander und haben uns auf Demonstrationen immer als verlässliche Kraft gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus erwiesen. Der Vorwurf, unser Eintreten für einen multiethnischen sozialistischen Staat im Nahen Osten und unserer Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf sei antisemitisch, empfinden wir somit als haltlos. Viel mehr denken wir, dass der Kampf der Palästinenser_Innen gegen patriarchale Unterdrückung und sexuelle Gewalt und der Kampf israelischer Frauen gegen Sexismus ein gemeinsamer Teil im Kampf gegen das Patriarchat sein muss.

Die Bewegung des Frauenstreiks ist eine internationalistische Bewegung. Für uns ist klar, dass keine Frau auf dieser Welt befreit ist, solange eine andere weiterhin sexistisch unterdrückt wird. Das Patriarchat macht nicht vor irgendwelchen Nationalstaatsgrenzen halt, kann also nur international bekämpft werden. Wir verstehen uns als Teil des

internationalen Frauenstreiks, da er überall auf der Welt die Zusammenhänge zwischen sexualisierter Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung im globalen Norden und globalen Süden aufzeigt. Nicht so in Leipzig. Dort werden Frauen, die sich dem Narrativ der deutschen Außenpolitik entgegenstellen, beleidigt, als Antisemit_innen diffamiert und zum Schweigen gebracht. Wir betrachten diesen sexistischen Angriff im Kontext weiterer Spaltungsversuche und rassistischer Anfeindungen, wie im letzten Jahr durch den „offenen Brief aus Göttingen“ geschehen, mit dem Migrant_innen aus dem Berliner Streikbündnis ausgeschlossen werden sollten. Auch die Rote Einheit Düsseldorf wurde auf dem diesjährigen Streik beleidigt und angegriffen. Wir solidarisieren uns mit den Menschen und Organisationen, die diesen Angriffen ausgesetzt sind und rufen dazu auf, die internationalistische Grundausrichtung des Frauenstreiks hochzuhalten, sich nicht den deutschen rassistischen Diskursen anzupassen und sich geschlossen gegen diese Vorwürfe, verbalen und körperlichen Angriffe zu wehren.

Wir fordern eine Aufklärung dieser sexistischen Vorfälle, wir erwarten eine Erklärung vom Bündnis dazu und sind auch bereit in einen Diskussionsprozess zu gehen, aber werden es nicht dulden, dass wir diffamiert werden.

Politisch streiken - aber wie?

Michael Märzen, Arbeiter*innenstandpunkt Österreich, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

In den letzten zwei Jahren haben millionenstarke Frauenstreiks ein großes Potential für den Kampf um Frauenbefreiung aufgezeigt.

Die Arbeitsniederlegungen im produktiven und reproduktiven Bereich richten den

politischen Fokus auf die Ungleichheit der geschlechtlichen Arbeitsteilung, welche die materiellen Grundlage für sexistische Ungerechtigkeit und Unterdrückung darstellt. Gleichzeitig kann der ökonomische Stillstand, der bei

einem Streik angerichtet wird, den nötigen Druck erzeugen, damit die frauenpolitischen Forderungen auch ernst genommen und letztlich durchgesetzt

werden. Doch die internationale Frauenbewegung hat diese proletarische Strategie noch nicht bewusst angenommen und verallgemeinert. Dazu braucht es

nicht nur positive Bezugspunkte wie die Mobilisierungen in Spanien oder der Schweiz, sondern Organisation, Know-how und einen Kampf gegen andere, falsche

Strategien.

Bündnispolitik

Ein Streik ist im Normalfall kein spontanes Ereignis. Obwohl der Unmut über Missstände schon hoch sein mag, braucht es Strukturen, die ihn

organisieren. Jene Kräfte, die bereit sind, einen Frauenstreik zu organisieren, müssen gesammelt werden. In der Regel sind das schon bestehende Organisationen

der radikalen Linken oder der Frauenbewegung, aber auch eine Hand voll

Einzelpersonen

kann ein Komitee für die Organisation des Streiks gründen und den Stein ins

Rollen bringen. Kanäle wie soziale Medien müssen genutzt werden, um die Organisation auf eine kräftigere Grundlage zu stellen. Für die Mobilisierung braucht es klare und radikale Forderungen wie etwa eine Arbeitszeitverkürzung,

die demokratisch bestimmt werden sollten und für die die beteiligten Kräfte frei nach innen und außen werben können. Dabei muss auch sehr gut abgewogen

werden, welche in den Vordergrund gestellt und wie sie formuliert werden können, damit sie die bestmögliche Wirkung auf das politische Bewusstsein der

Zielgruppen haben werden.

Basisorganisation

Zentral ist es lohnabhängige, aber auch erwerbslose Frauen und Männer für den Streik zu gewinnen. Dazu eignet sich der Aufbau von Aktionskomitees auf regionaler sowie betrieblicher Ebene bzw. in der Ausbildungsstätte. In diesen Komitees organisieren sich Aktivist*innen, um gemeinsame Aktivitäten für die Mobilisierung zu planen. Darüber hinaus sollten

eigene Forderungen diskutiert und in die Bewegung getragen werden. Sie müssen als

politische im Interesse der gesamten Arbeiter*innenklasse formuliert werden,

die also nicht auf einzelne Branchen beschränkt bleiben. Als Ausgangspunkt zum

politischen Ziel der Aufhebung der geschlechtlichen gesellschaftlichen Arbeitsteilung,

der Sozialisierung der Haus- und Sorgearbeit kann z. B. die nach einer gesetzlichen

Mindeststellenbesetzung in der Pflege dienen, wie in Deutschland aufgestellt. Die

überregionale Vernetzung mittels wähl- und abwählbarer Delegierter ermöglicht

den Aufbau von demokratischer Kontrolle über die Bewegung selbst und in weiterer Folge von Gegenmacht gegenüber den bürokratischen staatlichen Institutionen, über welche die herrschende Klasse ihre Interessen sichert. Das

ist auch kein Widerspruch zu einer Bündnispolitik von politischen Organisationen. Aktionskomitees können solche Bündnisse ergänzen oder im besten

Fall der Ausdruck einer demokratisch organisierten Bewegung sein.

Rolle der Gewerkschaften

Ein wesentlicher Erfolg von bisherigen Frauenstreiks war die Unterstützung durch Gewerkschaften in der Schweiz und in Spanien. Wenn diese

Organisationen, die oft einen großen Anteil der lohnabhängigen Bevölkerung organisieren, für kämpferische Massenaktionen gewonnen werden können und die

Mobilisierungen dafür ernst nehmen, dann hat das eine sehr große Wirkung. Viele

Gewerkschaften haben auch frauenpolitische Abteilungen, die natürlich eine Anlaufstelle für die Mobilisierung sein können und wo sich womöglich auch schneller Unterstützer*innen finden lassen. Das Problem ist aber, dass die großen, reformistischen Gewerkschaften von einer konservativen Bürokratie geführt werden, die radikale Aktionen und die Einbeziehung der Massen mehr

fürchten als fördern. Dies gilt für alle Gewerkschaften, die nicht von einer revolutionären Arbeiter*innenpartei geführt werden. Die reformistischen Parteien, die oft über großen Einfluss in den Gewerkschaften verfügen, haben

längst ihren Frieden mit dem kapitalistischen System gemacht und verteidigen es

letzten Endes gegen einen Ansturm durch die Lohnabhängigen. Dies gilt auch für

reine Gewerkschaftspolitik, die sich nicht den Sturz des Kapitalismus auf die Fahnen geschrieben hat. Wir können uns also weder auf sie verlassen noch auf den Erfolg vehementer Aufforderungen hoffen, sondern müssen mit Basisorganisationen ein Gegengewicht zur abgehobenen Stellvertretungspolitik schaffen. Diesen Zweck können die schon angesprochenen Aktionskomitees zum Teil erfüllen, sie müssen sich dafür aber bewusst auch auf die Gewerkschaften ausrichten. Letztlich muss eine antibürokratische Gewerkschaftsopposition aber eigenständige Strukturen aufbauen, denn der Kampf gegen die reformistische Bürokratie ist allgemeiner als der für eine bestimmte politische Mobilisierung.

Proletarische Strategie

Wenn alle für einen starken Frauenstreik eintreten und eine proletarische Frauenbewegung aufbauen wollen würden, dann müssten wir die Frage nach der Umsetzung eines Streiks gar nicht so genau diskutieren. Aber so ist es leider nicht. Gerade auch im Feminismus gibt es bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte, die ganz andere Strategien als Sozialist*innen verfolgen und die die Organisation und Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse für die politischen Anliegen der Frauen sogar ablehnen. Oft beschränken sich diese Kräfte auf Forderungen wie Quoten in politischen Ämtern oder in Unternehmen, den ideologischen Kampf gegen Alltagssexismus oder eine gendergerechte Sprache, die dann von sozialliberalen Parteien umgesetzt werden sollen. Eine solche Politik hemmt natürlich die eigenständige Aktion der Ausgebeuteten und Unterdrückten und muss daher natürlich auch bekämpft werden. So

wurde z. B. in den verschiedenen feministischen Bündnissen für den
letztjährigen Frauenstreik in Deutschland zwar eine Liste
unterstützenswerter
Forderungen aufgestellt, aber über die Frage, wie ein Streik der gesamten
Klasse gegen die Paragraphen zustande kommen kann, der auch den Namen
verdient,
kaum diskutiert. Debatten um Einbezug der Gewerkschaften und der Männer
waren also
von untergeordneter Bedeutung.

Es geht also nicht nur um einzelne Forderungen, sondern um
eine zusammenhängende proletarische Strategie, die ihren klarsten
Ausdruck in
einem kommunistischen Übergangsprogramm findet. Darin stellt sich der
Kampf für
Frauenbefreiung und gegen Sexismus als integraler Teil des allgemeinen
Klassenkampfs der gesamten Arbeiter*innenklasse dar, unabhängig von
Geschlecht,
Identität oder Herkunft. Deswegen halten wir es zum Beispiel auch für einen
Fehler, wenn von feministischen Organisationen bei frauenpolitischen
Aktionen
der Ausschluss von Männern gefordert wird. Der Kampf gegen
Frauenunterdrückung
und die ganze sexistische Ideologie geht unsere männlichen Genossen genau
so
etwas an. Aber unsere Genossinnen sollten ganz klar im Vordergrund eines
Frauenstreiks stehen.

Dresden: Bericht zu den antifaschistischen Aktionen zum 13. und 15. Februar!

Am 13. Februar 1945 wurde Dresden von der Royal Air Force bombardiert. Zum 75. Jahrestag versuchten Neonazis und die AfD, wie in den vergangenen Jahren auch schon, einseitig der Bombenopfer zu gedenken und diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Jedoch wird nicht nur von faschistischen Kräften und anderen Rechten, sondern auch von der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“, von der Stadtverwaltung und den bürgerlichen Parteien seit Jahren hartnäckig ein Opfermythos um das angeblich „unschuldige Dresden“ konstruiert, an den die Neonazis und RechtspopulistInnen mit ihren sogenannten „Trauermärschen“ und Gedenkkundgebungen nahtlos anknüpfen. Daher sollte man sich auch nicht über die Beteiligung von militanten Neonazis und faschistischen Kadern an den offiziellen Gedenkveranstaltungen der Stadt, wie an der undifferenzierten Verlesung der Namen aller Bombenopfer auf dem Heidefriedhof oder an der Menschenkette, wundern. Dass am 13. Februar beim Gedenken auf dem Friedhof undifferenziert Namen von Bombenopfern verlesen wurden, unter denen neben denen von ZivilistInnen auch viele NSDAP-Mitglieder und andere faschistische TäterInnen genannt wurden, ist für sich genommen schon bizarr. Dass aber Mitglieder von FDP (Stefan Scharf) und CDU zusammen mit der AfD beim Verlesen der Bombenopfer ausgerechnet dem stadtbekannten Neonazi Sebastian P. A. lauschten, stellte dabei die Spitze des Eisbergs dar. (1) Natürlich war vor allem die Bombardierung der ArbeiterInnen-Viertel durch die Alliierten zum Ende des Zweiten Weltkriegs ein unnötiges (aus heutiger Sicht) Kriegsverbrechen. Insbesondere, weil zu diesem Zeitpunkt die Rote Armee bereits vor Görlitz stand, also kaum mehr 100 Kilometer von Dresden entfernt war und immer weiter vorstieß. Jedoch stellt das einseitige Gedenken der Bombenopfer eine Form des Geschichtsrevisionismus dar, da dieses ausblendet, dass der Zweite Weltkrieg durch das faschistische Deutschland begonnen wurde und der

Bombardierung Dresdens die Luftangriffe der Wehrmacht auf Städte wie Coventry und Rotterdam vorausgingen. Ein solches Gedenken kann nur als perfider Versuch einer Täter-Opfer-Umkehr verstanden werden.

Wir haben uns auch dieses Jahr wieder der AfD und den Neonazis in den Weg gestellt und uns an den antifaschistischen Gegenaktivitäten beteiligt. Am 13. Februar hatte die AfD wieder zu einer Kranzniederlegung auf dem Altmarkt mobilisiert, an der sich etwa 150-200 Rechte, unter ihnen auch militante Neonazis, beteiligten. An der Gegenkundgebung nahmen etwa gleich viele AntifaschistInnen teil. Durch den lautstarken Protest gegen die AfD konnte die Vereinnahmung der Bombardierung der Stadt an diesem Abend zumindest akustisch teilweise erheblich gestört werden.

Am 15. Februar fand dann der alljährliche „Trauermarsch“ der FaschistInnen statt. Dieses Jahr hatte der NPD-Kreis- und stellvertretende Landesvorsitzende Maik Müller die Demonstration angemeldet, die 14 Uhr am Skatepark in der Nähe des Hauptbahnhofs beginnen sollte. Aufgrund des 75. „Jubiläums“ der Bombardierung Dresdens und des gesellschaftlichen Rechtsrucks, unter dem auch faschistische Kräfte wieder erstarken, wurden dieses Jahr bis zu 1.500 TeilnehmerInnen erwartet. Tatsächlich beteiligten sich allerdings „nur“ etwa 1.000 Menschen am Fackelmarsch der Neonazis, darunter wie in der Vergangenheit auch schon viele aus den umliegenden Nachbarländern. Erfreulich hingegen war dieses Jahr die Beteiligung an den antifaschistischen Gegendemonstrationen und Aktionen. Laut dem Bündnis „Dresden Nazifrei“ nahmen hieran sogar bis zu 5.000 Menschen teil. Dies stellt für sich bereits einen enormen Mobilisierungserfolg dar, wenn man bedenkt, dass sich im Vorjahr gerade mal 1.000 Menschen an der antifaschistischen Gegendemo beteiligten. Hierdurch und durch das entschlossene Handeln vieler AntifaschistInnen konnte der Naziaufmarsch mittels Blockaden erheblich gestört werden. Trotz der 1.500 PolizistInnen, die an dem Tag im Einsatz waren und auch nicht gerade zurückhaltend und zimperlich im Umgang mit den AntifaschistInnen vorgingen, gelang es der Polizei nicht, den „Trauermarsch“ wie geplant durchzusetzen. Das Ziel der Neonazis, durch die Innenstadt zu laufen, konnte erfolgreich verhindert werden. Stattdessen mussten die FaschistInnen eine alternative, weitaus

kürzere Route vom Skatepark über die Wiener Straße, Strehleener Straße hin zur Hochschule für Technik und Wirtschaft ablaufen, wo dann der Aufmarsch bereits endete. An der Abschlusskundgebung gab es dann schließlich Protest in Hör- und Sichtweite, an dem sich rund um den Hauptbahnhof so viele Menschen beteiligten, dass die Nazis unter massivem Polizeischutz von der HTW zum Hauptbahnhof geführt werden mussten.

Wir bewerten vor allem die antifaschistischen Aktionen am 15. Februar als erfolgreich. Dass es gelang, derartig viele Menschen zu mobilisieren und in die Blockaden mit einzubinden, war alles andere als vorher absehbar. Dass die Blockaden trotz der 1.500 Cops, die an dem Tag im Einsatz waren, standhalten konnten und somit den Neonazis den Tag vermiesten, kann nur als positive Entwicklung gesehen werden. Wir werden die Ereignisse vom 13. und 15. Februar auf unserem Auswertungstreffen am 24.02. noch mal ausführlich analysieren. Jedoch lässt sich jetzt schon sagen, dass wohl vor allem die Ereignisse in Thüringen um die Wahl von Kemmerich zum Ministerpräsidenten von AfD Gnaden der Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch in Dresden in die Hände gespielt haben. Auch die Debatte über die unglückliche Entscheidung des #Unteilbar-Bündnisses, gleichzeitig am 15. Februar für eine bundesweite Großdemonstration in Erfurt wegen der Causa Kemmerich zu mobilisieren und der darauf folgende „Kompromiss“ des Bündnisses, sowohl zur Teilnahme an der Demo in Erfurt als auch zur Beteiligung an den antifaschistischen Gegenaktionen in Dresden aufzurufen, wird mit zum Mobilisierungserfolg beigetragen haben. Nicht zuletzt hat sich dieses Jahr ein neues Aktionsbündnis gegründet, um den faktischen Zusammenbruch des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ abzufedern und die Mobilisierung und Organisation der Gegenproteste zu organisieren. Es ist nicht auszuschließen, dass sich dieser neue Zusammenschluss von vielen linken Gruppen ebenfalls positiv auf die Mobi ausgewirkt hat und ein weiterer Grund für die rege Teilnahme darstellt.

Leider kam es wieder einmal gleich zu mehreren Angriffen auf uns und Vorwürfen uns gegenüber durch die sogenannten „Antideutschen“ und jene Linken, die deren Argumente unreflektiert teilen. Bereits auf der Auftaktkundgebung „Nazis stören“ am Hauptbahnhof, wo auch wir uns

versammelten, kam es noch vor Beginn der eigentlichen Demonstration zu einem Übergriff durch vermeintliche Antideutsche auf uns. Eine Gruppe aus drei Menschen versuchte, unser Transparent zu entwenden, und zerrte minutenlang daran, konnte ihr Ziel jedoch nicht erreichen. Daraufhin wurde über den Lauti durchgesagt, dass antisemitische Gruppen (gemeint waren unter anderem die MLPD und wir) auf der Demo nicht erwünscht seien. Für diese Durchsage ist vermutlich die Gruppe HOPE verantwortlich, die uns auch schon in der Vergangenheit regelmäßig als antisemitisch diffamierte. Eine Begründung für diesen haarsträubenden Vorwurf wurde natürlich nicht mitgeliefert. Als wir das Gespräch mit dem Anmelder der Demonstration suchten, wurde behauptet, dass der Antisemitismus sich in einer angeblichen Solidarität mit der Hamas zeigen würde. Auf den Hinweis, dass sogar in unserem Programm wortwörtlich steht, dass die Hamas eine theokratisch-fundamentalistische, antisemitische und sexistische, reaktionäre Kraft darstellt, die den gemeinsamen Kampf der unterdrückten PalästinenserInnen mit der israelischen ArbeiterInnenklasse blockiert, wurde nicht weiter eingegangen. Es zeigte sich jedoch, dass unsere konsequente Ablehnung des bürgerlichen Nationalismus und unsere sozialistische Perspektive, die wir im Nahostkonflikt aufwerfen, das eigentliche Problem für die Antideutschen war. Dies als Antisemitismus zu diffamieren, entbehrt jeglicher Grundlage und zeigt die Schwäche in der Analyse von vielen Linken auf. Erwähnenswert ist auch, dass auf der Demonstration nur antikapitalistische Gruppen offen angegriffen wurden, während bürgerliche Parteien wie die Grünen und die verbürgerlichte SPD, die mit ihrer Politik mitverantwortlich für den Rechtsruck, die rassistische Abschiebep Praxis und Asylgesetzverschärfung sind, überhaupt nicht kritisiert wurden. Im Verlauf der Demonstration und Blockaden hatten wir dann immer wieder Probleme mit Antideutschen und anderen Verwirrten, die meinten, uns den Verkauf von Zeitungen und das Verteilen von Flyern verbieten zu müssen. In den darauf folgenden Diskussionen kamen die absurdesten Argumente zum Vorschein. Neben unseren Fahnen störten diese übereifrigen „Linken“ sich vor allem auch an einigen GenossInnen, die eine Kufiya (arabische Kopfbedeckung) trugen, und versuchten teilweise, diese herunterzureißen. Danach holten diese Antideutschen wieder den Anmelder, der versuchte, die Blockade an der Prager Straße als Versammlung anzumelden. Dieser wollte uns das Verteilen

unserer Flyer verbieten und drohte sogar damit, uns durch die Polizei von der Blockade entfernen zu lassen, falls wir uns nicht daran halten.

Wir weisen den Vorwurf, dass wir eine antisemitische Organisation sind, entschieden zurück. Unsere Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsbewegung und das Eintreten für einen gemeinsamen, säkularen und sozialistischen Staat, in dem kein Mensch mehr aufgrund seiner Herkunft oder religiösen Überzeugung unterdrückt wird, hat absolut gar nichts mit Antisemitismus zu tun. Ganz im Gegenteil: Als KommunistInnen sind wir die entschlossensten GegnerInnen des Antisemitismus, da wir diesen nicht nur täglich auf der Straße, in der Schule, Uni und im Betrieb bekämpfen, sondern auch dessen Wurzel, den Kapitalismus.

Wir halten den Versuch, den antifaschistischen Gegenprotest noch vor Beginn der eigentlichen Demo zu spalten und uns durch absurde Vorwürfe öffentlich zu diffamieren, für einen schwerwiegenden politischen Fehler. Im Kampf gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft und gegen faschistische Aufmärsche brauchen wir eine gemeinsame Aktionseinheit, wenn wir erfolgreich sein wollen. Eine Spaltung nützt letztlich nur den Rechten und dem/der KlassenfeindIn, aber sicher nicht der Entwicklung einer schlagkräftigen antifaschistischen Bewegung. Gerade vor dem Hintergrund der allgemeinen Schwäche der Linken hierzulande, aber auch aufgrund der stetig stärker werdenden Repression und Kriminalisierung von Linken durch den bürgerlichen Staat sollten wir enger zusammenrücken und uns trotz vorhandener Differenzen zumindest auf der Straße solidarisch zeigen. Vorhandene Kritik und Diskussionen um die richtigen Inhalte sollten nicht verschwiegen oder abgewürgt werden, sondern müssen und können auch öffentlich geäußert werden. Jedoch bringen uns unbegründete, an den Haaren herbeigezogene Vorwürfe, Verbote, als Organisationen offen aufzutreten und die eigenen Inhalte zu verbreiten und zu bewerben bis hin zu körperlichen Übergriffen und Auseinandersetzungen, keinen Schritt voran. Vielmehr sabotiert ein solcher „Stil“ lediglich die Handlungsfähigkeit unserer Bewegung. Stattdessen müssen wir für eine bedingungslose Kritik- und Propagandafreiheit in der Aktionseinheit eintreten und uns kritisch-solidarisch miteinander über die richtigen Inhalte streiten. Falsche

Positionen innerhalb der hiesigen Linken werden nicht durch Verbote und physische Übergriffe überwunden, sondern durch den Austausch von Argumenten. Wir waren bisher immer zu Diskussionen bereit und sind es auch nach wie vor, um die falschen Vorwürfe und vorhandene Vorurteile uns gegenüber aus der Welt zu schaffen. Dass wieder einmal nicht der solidarische Streit, sondern technische Angriffe uns gegenüber bevorzugt werden, können wir nur als Fehlen von vernünftigen Argumenten bewerten. Daher sind wir uns nach wie vor sicher, dass unsere sozialistischen Positionen richtig sind und dass nicht wir das Problem innerhalb der Dresdner Linken darstellen.

Am kommenden Montag ist Höcke bei Pegida als Gastredner angekündigt. Beim Gegenprotest wird sich zeigen, ob die Linke hier lernfähig ist oder aber ihren falschen Stil beibehält. Wenn sich am sektiererischen Verhalten von einigen „linken“ AktivistInnen nichts ändert, braucht sich auch keiner zu wundern, warum Pegida auch nach über 5 Jahren noch läuft und weiterhin regelmäßig 1.500 Rechte mobilisiert, während der Gegenprotest stets bei unter 50 TeilnehmerInnen stagniert.

Am 24.02. führen wir ein offenes Nachbereitungstreffen durch. Kommt vorbei, diskutiert mit uns über die Aktionen und darüber, wie wir die Bewegung weiter aufbauen können und welche Inhalte wir hierfür brauchen! Werdet auch über die bisherigen Aktionen hinaus aktiv und organisiert euch revolutionär!

**Naziaufmärsche in Dresden
verhindern - Pull em' up now,**

before they take root!

Peter Böttcher, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, vom 13. bis 15. Februar 1945, wurde die Stadt Dresden von der Royal Air Force bombardiert. Den Luftangriffen fielen offiziellen Schätzungen zufolge ca. 22.700-25.000 Menschen zum Opfer.

Seit den 1990er Jahren marschieren jährlich FaschistInnen durch Dresden, um die Bombardierung der Stadt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Mehr noch als das: sie versuchen, die Geschichte zu verfälschen, indem sie das Dritte Reich als unschuldiges Opfer der alliierten Bombenangriffe darstellen und zu den vorangegangenen Kriegsverbrechen der Nazis schweigen. So wird durch das Herbeifantasieren von mehreren hunderttausend Bombentoten, durch die ständige Rede von versuchtem Genozid, durch die Bezeichnung der Luftangriffe als „allierter Bombenholocaust“ gezielt versucht, einen Opfermythos um das faschistische Deutschland zu schaffen. Gleichzeitig wird der eigentliche Holocaust von den AnmeldernInnen der Nazidemos geleugnet.

Entwicklung

Anfangs waren die Teilnehmer_Innenzahlen der sogenannten „Trauermärsche“, die unter solch Titeln wie „Ehre den Opfern des Bombenterrors“ beworben wurden, noch recht überschaubar. Im Laufe der Jahre und durch die zunehmende Unterstützung aus den Nachbarländern erhielten diese jedoch massiven Zulauf. In den Jahren 2009-2010 erreichten die faschistischen Mobilisierungen zum 13. Februar ihren Höhepunkt, als bis zu 6.500 Rechte durch Dresden marschierten und den sogenannten

„Trauermarsch“ als einen der größten Naziaufmärsche Europas etablierten.

Im Jahr 2009 gründete

sich auch auf Initiative der Interventionistischen Linken (IL) hin das antifaschistische Bündnis „Dresden Nazifrei“. Diesem gehörten linke Parteien,

verschiedene Strömungen der radikalen Linken, Gewerkschaften, kirchliche sowie

auch „zivilgesellschaftliche“ Initiativen an. Durch die damit erreichte bundesweite Vernetzung und Mobilisierung gelang es in den Folgejahren, die faschistischen Demonstrationen mittels Massenaktionen und Blockaden zu verhindern. Daraufhin ging die Beteiligung an den „Trauermärschen“ bis 2015 auf

ein Minimum zurück und nahm erst infolge des Rechtsrucks wieder zu.

In den letzten Jahren gelang es den Neonazis erneut, überregional zu mobilisieren und die Beteiligung zu steigern. Gleichzeitig war es aufgrund einer nach den anfänglichen Blockadeerfolgen allgemein rückläufigen und wieder regional begrenzten Gegenmobilisierung seither nicht mehr möglich, den faschistischen Aufmärschen effektiv etwas entgegenzusetzen. In den letzten Jahren gab es zwar auch immer Gegenaktionen und kleinere Blockadeversuche, dennoch konnten die „Trauermärsche“ beinahe ungehindert stattfinden und die Teilnehmer_Innenzahlen an den Demos der Rechtsradikalen wie auch an den antifaschistischen Gegenaktionen waren nahezu gleich. Während die Beteiligung an den Neonazi-Demos vor einigen Jahren nur noch bei wenigen Hunderten lag, ist diese bis zum letzten Jahr wieder kontinuierlich auf etwa 1.000 angewachsen.

Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe: Die steigenden Teilnehmer_Innenzahlen auf Seiten der Rechten stehen im Zusammenhang mit dem allgemeinen Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland und der Welt. Wahlerfolge von rechten Parteien wie dem Rassemblement National in Frankreich (ehemals Front National), der PiS in Polen oder der AfD hierzulande zeigen, dass nationalistisches und rassistisches Gedankengut von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen wird und in Parlamenten und Regierungen wieder salonfähig geworden ist. Von den

Wahlerfolgen abgesehen konnten wir aber auch gerade in Dresden die Entstehung und das Wachsen der völkisch-nationalistischen PEGIDA-Bewegung beobachten, welche Wähler_Innen und Politiker_Innen der AfD, aber auch rechtsradikale Gruppierungen wie die „Identitäre Bewegung“, die „Freie Kameradschaft Dresden“ (FKD) und die „Gruppe Freital“ in sich vereinte und zeitweise bis zu 25.000 Menschen mobilisieren konnte. Anfangs als „besorgte BürgerInnen“ abgetan konnte so ein Schulterschluss zwischen militanten Neonazis, der „Neuen Rechten“ und breiten Teilen der nach rechts gerückten Gesellschaft stattfinden.

Rechtsruck und Kapitalismus

Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist davon auszugehen, dass die Naziaufmärsche weiter an Zulauf gewinnen werden. Was es aber braucht, um die Demos der FaschistInnen rund um den 13. Februar dieses Jahr sowie in Zukunft mit Massenblockaden zu verhindern, aber auch, um den Rechtsruck zu stoppen, ist eine überregionale, breit aufgestellte antifaschistische Bewegung. Eine Aktionseinheit der Gewerkschaften, linken Parteien und Gruppen wäre durch die Einbindung einer Vielzahl der bereits organisierten Arbeiter_Innen nicht nur imstande, den „Trauermärschen“ ein Ende zu setzen, sondern könnte auch durch das Aufwerfen von Forderungen nach Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen für alle und durch das Entfachen entsprechender Kämpfe um diese Forderungen ein guter Ansatz für eine soziale Bewegung sein, die dem Rechtsruck in der Gesellschaft tatsächlich etwas entgegensetzen kann.

Denn dieser und das damit einhergehende Erstarken faschistischer Kräfte hat seine Wurzeln im Kapitalismus. Konkurrenzdenken, systemimmanente Wirtschaftskrisen und die damit einhergehende Gefahr des sozialen Abstiegs für das Kleinbürger_Innenum, Sozialabbau, Prekarisierung und soziale Ungleichheit im Allgemeinen sind der Nährboden für rassistische Vorurteile und reaktionäre Bewegungen. Wenn die Arbeiter_Innenbewegung keine fortschrittliche Antwort und Kampfperspektive zu weisen vermag, kann die gesellschaftliche Angst und Verzweiflung leicht zum Nährboden für die

Kräfte der Reaktion, für Rechtspopulismus, Nationalismus oder sogar Faschismus werden.

Deshalb müssen wir den Aufbau einer antifaschistischen und antirassistischen Arbeiter_Inneneinheitsfront mit einer schonungslosen Kritik an der Politik der herrschenden Klasse und diesem Wirtschaftssystem verbinden. Wir müssen uns bewusst machen, dass der Faschismus seinen Ursprung im Kapitalismus hat, dass er mitsamt all der Katastrophen, die er über die Menschheit brachte, geschehen ist und folglich wieder geschehen kann. Wir müssen uns auch vor Augen führen, dass der historische Faschismus nur deshalb erfolgreich war und innerhalb kürzester Zeit die antifaschistische Arbeiter_Innenbewegung zerschlagen konnte, weil diese damals uneinig und gespalten war, weil die Sozialdemokratie ihr Heil im Bündnis mit den bürgerlichen Parteien suchte, während sich die KPD weigerte, systematisch für die Einheitsfront gegen den Faschismus einzutreten.

Natürlich gibt es Differenzen

zwischen den einzelnen Parteien, Gruppen und Strömungen. Diese sollten nicht in

den Hintergrund gerückt werden, sondern ganz im Gegenteil: Die unterschiedlichen Auffassungen, Positionen und Taktiken müssen offen diskutiert

und es muss um eine effektive Strategie im Kampf gegen rechts gestritten werden. Jedoch dürfen uns diese Differenzen nicht davon abhalten, zusammenzuarbeiten und die vorhandenen Ressourcen in der Einheit nach außen zu

bündeln. Die antikapitalistischen Kräfte müssen vielmehr versuchen, die reformistischen Parteien und Gewerkschaften zum Kampf zu zwingen – auch um

ihrer Kritik an den Fehlern der Gewerkschaftsbürokratie, der Führungen von SPD

und Linkspartei bei deren AnhängerInnen besser Gehör zu verschaffen.

Weiterhin dürfen wir es

nicht dabei belassen, ausschließlich den Rechten auf den Straßen

entgegenzutreten. Wir begegnen auch in unserem Alltag, an den Orten, an denen wir lernen, arbeiten und leben, faschistischem und rassistischem Gedankengut und solchen Organisationen. Darum ist es notwendig, dass wir uns auch an den Schulen, Unis und im Betrieb organisieren. In Dresden versuchen wir von REVOLUTION, vor allem Jugendliche für die Gegenaktivitäten zu mobilisieren, werden hierzu auch einen Infovortrag durchführen und uns mit einem Demotraining auf die bevorstehenden Aktionen vorbereiten.

- Ob rund um den 13. Februar oder an jedem anderen Tag: Verhindern wir die faschistischen Aufmärsche! Für eine antifaschistische und proletarische Einheitsfront! Keinen Fußbreit den FaschistInnen!
- Infos zu den antifaschistischen Gegenaktionen: FB/Revolution Sachsen